

nr. 6 – oktober 2016

ecke müllerstraße

Seite 3: Der Platz vorm Jobcenter wird nicht fertig Seite 6/7: Leopoldplatz im Rückfall?

Seite 9: Möbliertes Studentenwohnen bringt Rendite Seite 10: himmelbett mit neuem Vorschlag



*Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung*



Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist Montag, der 24. Oktober. Unsere letzte Rätseldecke wurde auf dem Parkdeck auf dem Dach von Karstadt aufgenommen. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewinnerin ist diesmal Emina Hodzic. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt. Für alle anderen: Das Rätselraten geht weiter.

Neue Mieterberatung

An jedem Montag zwischen 10 und 12 Uhr sowie an jedem Donnerstag zwischen 16 und 18 Uhr gibt es ab sofort im Vor-Ort-Büro des Aktiven Zentrums in der Triftstraße 2 eine Mieterberatung für die Milieuschutzgebiete im Wedding statt.

Insbesondere bei Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie bei Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen finden Mieter hier kompetente Ansprechpartner. Betroffen sind die Sozialen Erhaltungsgebiete (Milieuschutzgebiete) Sparrplatz (Sprengekiez), Leopoldplatz (zwischen See-, Oudenarder, Reinickendorfer, Gericht- und Müllerstraße) und Seestraße (Brüsseler Kiez und nördlich angrenzendes Gebiet bis zur Kongostraße). Die Beratung wird von erfahrenen Mitarbeitern der Mieterberatung Prenzlauer Berg durchgeführt und ist kostenfrei. Man muss nicht Mitglied in einer Mietervereinigung sein, um sie in Anspruch nehmen zu können.

In den Gebieten sind u.a. Modernisierungsmaßnahmen und Umwandlungen in Mietwohnungen genehmigungspflichtig. Termine und Adresse der Mieterberatung finden Sie im Adressteil auf der letzten Seite dieser Zeitung.

Leitlinien zur Bürgerbeteiligung

Der Bezirk Mitte entwickelt derzeit eigene »Leitlinien zur Bürgerbeteiligung« und hat dazu eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Politik und Bürgerschaft gegründet. In einer öffentlichen Bürgerwerkstatt am 25. November werden Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen einzubringen. Außerdem soll ein Online-Dialog eingerichtet werden, an dem man sich beteiligen kann. Die Ergebnisse sollen dann in einen Entwurf für die Leitlinien einfließen, der schließlich von der BVV und vom Bezirksamt beschlossen werden soll. Dazu wurden bereits umfangreiche Vorarbeiten durchgeführt, z.B. eine 50-seitige Broschüre zur »Entwicklung der Bürgerbeteiligungskultur im Bezirk Mitte«. Man kann sie im Internet herunterladen, genauso wie die Protokolle der AG-Sitzungen. Allerdings ist die entsprechende Seite nicht gerade einfach zu finden:

www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/leitlinien-zur-buergerbeteiligung

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 1. November 2016, 19 Uhr, Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37, Raum 302 oder 202

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft

Mittwoch, 2. November, 7:30 Uhr, Ort: bitte erfragen unter Telefon 88 59 14 36, www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller

An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Sprechstunde der Stadtteilvertretung

montags 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz

Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe

erscheint Anfang November, Redaktionsschluss: 24. Oktober.

Das Titelbild dieser Ausgabe

zeigt die »BVG-U-Bahn-Hauptwerkstatt Seestraße« in der Müllerstraße 49

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net

Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Obenunten Drunterdrüber

Der »Elise-und-Otto-Hampel-Platz« kommt ein Jahr später als geplant.



Die Neugestaltung des Platzes zwischen der neuen Schiller-Bibliothek und dem alten Rathaus Wedding wird rund ein Jahr länger in Anspruch nehmen als ursprünglich geplant. Statt zu Ende dieses Jahres wird die Fertigstellung erst Ende 2017 erwartet.

So sollte der erste Bauabschnitt, die Neugestaltung des Platzteiles vor dem jetzigen Jobcenter, eigentlich schon im Januar abgeschlossen sein. Jetzt ist er, wenn alles gut geht, zu Jahresende fertig. Özlem Özmen-Eren, die Betreiberin des Cafés »Simit Evi« im Pavillon an der Müllerstraße, hat das in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht: Das Sommergeschäft draußen im Garten konnte sich kaum entfalten: »Wenn ständig Sand und Staub von der Baustelle ins Essen weht, setzt sich dort doch keiner hin«, klagt die Gastronomin. Dabei zeigt das Beispiel des Zeppelinplatzes um die Ecke, dass die Neugestaltung öffentlicher Räume auch zügig vorankommen kann. Obwohl dort deutlich später begonnen wurde, konnte der erste Bauabschnitt im Zeitplan beendet werden. Beide Maßnahmen werden im Aktiven Zentrum Müllerstraße aus denselben Städtebaumitteln gefördert, beide wurden mit breiter Bürgerbeteiligung geplant.

Viele Köche ...

Doch nicht die Bürgerbeteiligung war für die Verzögerungen am Rathaus Wedding verantwortlich. Dort verkomplizierten vielmehr unterschiedliche administrative Zuständigkeiten die Planung. Probleme waren also bereits im Vorfeld der Maßnahme angelegt: Schon die Klärung der Verfügungsgewalt über die verschiedenen Teilbereiche des Platzes nahm viel Zeit in Anspruch. Einerseits mussten sich verschiedene Fachabteilungen und Stadträte des Bezirkes einigen – zuständig sind sowohl das Straßen- und Grünflächenamt unter Carsten Spallek (CDU), das Amt für Weiterbildung und Kultur unter Sabine Weißler (die Grünen), als auch die Serviceeinheit Facility-Management unter Sabine Smentek (SPD) – und andererseits war der ehemalige Rathausneubau im Zentrum des Platzes an das landeseigene »Berliner Immobilien-Management« (BIM) übertragen worden, das ihn wiederum an das Jobcenter weitervermietet. Alle Beteiligten brauchten lange, bis sie sich auf die Neuordnung der Grenzen ihrer Grundstücksanteile einigten. Der Bezirk hätte dabei am liebsten möglichst alles der BIM übertragen, um spätere Bewirtschaftungskosten zu sparen. Man einigte sich gerade noch vor Baubeginn. Doch die beschlossene neue Zuordnung der Grundstücksgrenzen erzwang auch eine Neuordnung der unterirdisch angelegten Entwässerung des Platzes.

Die Berliner Wasserbetriebe forderten, das Regenwasser von den versiegelten Platzflächen der BIM nicht einfach so in die Berliner Mischwasser-Kanalisation abzuleiten. Damit Mischwasser bei starken Regenfällen nicht ungeklärt in die Berliner Gewässer läuft, werden derzeit überall in der Innenstadt unterirdische Zwischenspeicher angelegt, die das Regenwasser sammeln und zeitverzögert abgeben. Vor dem Jobcenter konnte man im Frühjahr den Bau dieses Speichers beobachten. Doch seitdem der fertig ist, stand die Baustelle still. Denn es hatte sich herausgestellt, dass das Wasser vom Zwischenspeicher nicht in die Kanalisation der Müllerstraße geleitet werden kann, wie die Wasserbetriebe ursprünglich planten. Dem hätten die Leitungen anderer Versorgungsbetriebe im Weg gelegen, die unter dem Bürgersteig dort verlaufen, das Gefälle wäre zu schwach ausgefallen. Jetzt wird das Regenwasser über die alte Limburger Straße in die Kanalisation der Genter Straße geleitet – eine Variante, die im Vorfeld zwar von den Landschaftsarchitekten angeregt, von den Wasserbetrieben aber verworfen wurde. Die notwendigen Abstimmungen und die Umplanungen kosteten den kompletten Sommer.

»Beamtenlaufbahn« immer noch da

Andere Schwierigkeiten treten hinzu. So haben etwa die ausgereizten Kapazitäten im Betonbau inzwischen zu deutlichen Preissteigerungen geführt. Für kleinere Aufträge wie die Herstellung von Fundamenten für umfriedete Müllstandorte der Bibliothek und des Jobcenters finden sich kaum noch Anbieter. Und der zweite Bauabschnitt, die Herstellung des Verbindungswegs auf der ehemaligen Limburger Straße entlang des Rathauses Wedding, wird zudem durch die »Beamtenlaufbahn« behindert. Unter ihr passen größere Baufahrzeuge nicht hindurch. Die inzwischen funktionslose Verbindungsbrücke zwischen Jobcenter und Rathaus sollte zwar abgerissen werden, wie es schon in der Auslobung des Wettbewerbs für die Neugestaltung des Platzes im Jahr 2013 angekündigt war und mittlerweile auch vom Bezirksamt beschlossen wurde.

Das Stadtplanungsamt blockiert aber die Umsetzung der Entscheidung – obwohl dieser Verbindungsgang die Sichtbeziehung auf dem Platz stark einschränkt und somit die gewünschte klare Verbindung zwischen Müllerstraße und Beuth-Campus eindeutig stört. Ob der Platz tatsächlich zum Jahresende 2017 fertig wird, hängt unter anderem vom Winter ab: Wird dieser lang und hart, treten vermutlich weitere Verzögerungen auf. Sicher ist jedoch, dass der ursprüngliche Kostenrahmen nicht eingehalten werden kann. cs

Obrigkeitsstaatliche Verbotsermächtigung?

zu ecke 5/2016: *Wie gefährlich ist der neue Zeppi?*

In der August-Ausgabe der Ecke Müllerstraße veröffentlichten wir einen Leserbrief, in dem unter anderem mehr Hinweisschilder auf das Hundeverbot auf Spielplatz und Liegewiese des neugestalteten Zeppelinplatzes gefordert wurden. In einem begleitenden Text wiesen wir darauf hin, dass der im Brief erhobene Vorwurf, Hundebesitzer umgingen »mit einer totalen Ignoranz« das Hundeverbot, überwiegend nicht zutrifft: Sowohl Erzieherinnen von Kindergruppen, die den Spielplatz häufig nutzen, als auch Stadtteilvertreter bestätigten uns, dass das Problem nicht so gravierend sei.

Inzwischen wurden durch Unbekannte die meisten Hinweisschilder auf das Hundeverbot entfernt, lediglich direkt am Spielplatz wurden sie an ihrem Standort belassen. Zugleich erreichte uns ein Leserbrief, der Aufschluss über die Denkweise hinter diesem mehrfachen Diebstahl gibt. Der Leserbrief war mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnet. Wir haben ihn anonymisiert, da wir den Schreiber nicht dem Verdacht aussetzen wollen, eine Straftat begangen zu haben.



Verehrter Herr Schaffelder,

in Ihrem Artikel behaupten Sie, »mit etwas gesundem Menschenverstand« könne man sich vorstellen, dass durch einen Hundespaziergang am Spielplatz Konflikte entstünden. Diese Konflikte aber hat eine aktive Minderheit heraufbeschworen, die eine irrationale Angst vor Hunden schürt und das jahrzehntelang friedliche Zusammensein zwischen Hundebesitzern und anderen Grünflächennutzern auf dem Zeppelinplatz zerstört hat: Durch eine obrigkeitsstaatliche Verbots-ermächtigung, wie sie Law- und Order-Kleinbürgern am liebsten ist. Die Wahrheit ist, dass Kontakte zwischen kleinen Kindern sowie Jugendlichen und Hunden gesundheitsstabilisierend sind. Wie Sie als gewiss wahrheitsliebender Mensch zwanglos feststellen können, ist die reale Mensch-Hund-Beziehung (...) wissenschaftlich gut erforscht. Was ich praktiziere, ist der Austausch zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und den Generationen und nicht deren gegenseitige Isolation, wie sie derzeit von einer trendigen Apartheid-Urbanistik betrieben wird!!

Mit freundlichen Grüßen, Matthias W.



Verehrter Herr W.,

ich kenne die Perspektive eines Hundehalters aus eigener (WG-)Erfahrung. Ich kenne allerdings auch die Perspektive eines Kleinkindes, das vor einem auf ihn zu rennenden, fremden und aus Kindersicht gleich großem Hund schreiend vor Angst in die elterlichen Arme flüchtet. Weder mein Kind noch mich vermochten in solchen Situationen die üblichen Worte von Herrchen oder Frauchen zu beruhigen: »Der will doch nur spielen.«

Ich gestehe: Ich gehöre zu jener »aktiven Minderheit«, die, wo immer sie einen Hund auf einem Spielplatz erblickt, auf den Hundehalter zugeht und ihm zu erklären versucht, warum dieser Platz für Hunde tabu zu sein hat: Weil es nämlich Kinder gibt, deren Angst vor Hunden zwar irrational erscheinen mag, aber gleichwohl so mächtig ist, dass sie Spielplätze für Kinder zu No-Go-Areas machen kann. Da sollten Spielplätze doch lieber No-Go-Areas für Hunde sein! Gute Erfahrungen haben wir dagegen an Hundeauslaufgebieten gemacht: Dort konnten die Kinder geschützt durch einen Zaun die spielenden Hunde beobachten, sich an ihnen freuen und dabei ihre Ängste abbauen. Und seit dem Frühjahr gibt es auch in Mitte, dank des Einsatzes des Vereins »Mensch und Hund Moabit e.V.« im Fritz-Schloß-Park ein Hundeauslaufgebiet.

Mit freundlichen Grüßen, Christof Schaffelder

Baumfällungen notwendig

Am Leopoldplatz, im Schillerpark und im Volkspark Rehberge mussten leider insgesamt vier Bäume gefällt werden. Bei Baumpflegearbeiten auf dem Leopoldplatz wurde an einem Ahorn direkt am Kinderspielplatz ein beginnender Riss in der Krone festgestellt. Er war damit eine Gefahrenstelle. Im Schillerpark wurde auf der Schülerwiese eine abgestorbene Linde gefällt und am Uferweg des Möwensees im Volkspark Rehberge war an zwei Buchen ein starker Pilzbefall festgestellt worden. Auch sie mussten deshalb kurzfristig gefällt werden.

Wieder Wildschweine im Gehege

Das Wildschweingehege im Volkspark Rehberge steht nicht mehr leer. Nach dem Tod des letzten vorherigen Bewohners im Mai 2015 waren die Anlage erneuert und umfangreiche Baumarbeiten durchgeführt worden. Am 10. August zogen zunächst zwei ca. einjährige Schweine ein, am 19. September folgten zwei rund sechs Monate alte Bachen. Alle vier Wildsauern waren Geschenke der Revierförsterei Tegelsee des Forstamtes Tegel. Das Füttern der Tiere ist verboten, denn es gefährdet deren Gesundheit.

Die Dichte steigt

Der öffentliche Raum braucht keine soziale Feuerwehr, sondern verlässliche Aufmerksamkeit – und einen Etat

Der öffentliche Raum ist – trotz Facebook und Google – essentiell für Städte, das heißt: für die Menschen, die sich darin nach wie vor analog bewegen. Es ist noch gar nicht so lange her, dass die Privatisierung öffentlichen Raumes heiß debattiert wurde: Weil es eben nicht egal ist, ob ein Platz, eine Straße, ein Park der Stadt gehört oder dem Investor XY, der dann kraft privater Security-Trupps bestimmt, wer sich an diesem Ort aufhalten darf und wer nicht. (Versuchen Sie mal, am Lageso oder auf dem Vorplatz der Spandau Arcaden zu fotografieren.)

Heute stellen sich noch ganz andere Fragen. Berlin wächst, und damit teilen sich auch immer mehr Menschen den öffentlichen Raum. Anwohner. Migranten aus Stuttgart, Spanien, England oder Rumänien. Touristen. Kriegs- oder Armutsfüchtlinge, Obdachlose. Man könnte das soziologisch sicher feiner differenzieren. Unbestritten ist jedoch, dass der vorhandene öffentliche Raum nicht größer wird, obwohl sich immer mehr Menschen darin bewegen. Physikalisch ausgedrückt: die Dichte steigt.

Dabei gibt es sehr unterschiedliche Interessen und Ansprüche: Touristen erwarten einen möglichst hohen Erlebnisfaktor, Anwohner wollen einfach ihren Alltag bewältigen, Zuzügler ihr neues Umfeld kennenlernen. Und dann gibt es jene, die schlicht auf den öffentlichen Raum angewiesen sind: Weil sie keine Wohnung mehr haben oder aus anderen sozialen Rastern gefallen sind, weil sie Gesellschaft und Kommunikation brauchen, sich aber keine Café- oder Kneipenbesuche leisten können, oder weil sie als Geflüchtete Orientierung suchen in der großen Stadt.

Nicht zuletzt: Mit dem Touristengeschäft brummt auch die Dealerszene. Inzwischen steht in jedem Reiseführer zur sexy Metropole, wo die Hotspots sind, wenn man sich mal einen Kick verschaffen will: Görli, Kotti, RAW ... Die Abnehmer sind da und damit auch der Markt und die Händler.

Der öffentliche Raum ist Arena und zugleich Spiegel der Gesellschaft. Und weil Berlin eine Stadt voller Kontraste und auch Konflikte ist, bleibt auch der öffentliche Raum nicht konfliktfrei. Immer dann, wenn irgendwo eine Situation zu eskalieren droht (ob am Görli, Kotti oder Alex, am Leo, U-Bahnhof Turmstraße oder an der Köpenicker Straße) werden ad hoc Interventionsteams beauftragt. Dann tagen Runde Tische; Polizei, Präventionsbeauftragte, Mediatoren und Sozialarbeiter werden losgeschickt, letztere meist mühsam über unterschiedliche Töpfe finanziert.

Streetworker, Sozialarbeiter und Mediatoren sind aber keine gesellschaftliche Feuerwehr, die man immer mal dann rufen kann, wenn es gerade brennt. Man sieht es am »Leo«: Geduldige Kontinuität und Verlässlichkeit erzeugen Vertrauen und Erfolge. Entsteht ein auch nur kurzzeitiges Vakuum, weil eine »Fördermaßnahme« zu Ende ist und es auch gerade anderswo brennt, können die nächsten Sozialarbeiter wieder von vorn anfangen.

Es reicht nicht, wenn die Bezirke immer wieder hier und da in ihren ohnehin knappen Etats herumstochern müssen, um die »soziale Feuerwehr« irgendwie zu bezahlen, für zwei oder drei Jahre. Es wäre wichtig, dass das Land Berlin den öffentlichen Raum als Pflichtaufgabe anerkennt und einen verlässlichen, kontinuierlichen Etat für Sozialarbeit bereithält. Immerhin sprudeln die Steuereinnahmen auch durch Tourismus im öffentlichen Raums kräftig. Es wäre angebracht, dieses Geld zu reinvestieren: für Befriedung öffentlicher Plätze, für das Kümmern um jene, die auf diesen offenen Raum angewiesen sind, für gestresste Anwohner. Eine Stadt, die mit ihrer Weltoffenheit und Diversität wirbt, hat auch die Pflicht, sich zuverlässig um die Verträglichkeit im öffentlichen Raum zu kümmern. Dazu gehört übrigens auch eine nicht kaputtgesparte Polizei – denn es kann nicht die Aufgabe von Sozialarbeitern sein, sich der Dealerszene entgegenzustellen.

us

Bildecke



Ch. Eckelt

Auf dem Dienstweg versandet?

Der Leopoldplatz im Rückfall: Es mangelt auch an der Aufmerksamkeit der Bezirksverwaltung

Die Bänke sind leer. Drei Jahre nach der feierlichen Eröffnung des neugestalteten Leopoldplatzes wird der Aufenthaltsbereich für die »Szene« kaum noch genutzt. Sie nimmt den von ihr selbst mitgeplanten Ort nicht mehr an. Gründe dafür sind die neu auflebende Drogenszene, enttäuschte Hoffnungen, erlittene Kränkungen und vielleicht auch Angst vor der eigenen Courage. Hinzu kommt ein Rückgang an behördlicher Aufmerksamkeit und politischem Handlungswillen, nachdem der Platz aus den Negativschlagzeilen verschwunden war: Der Leopoldplatz ist sozusagen allmählich auf dem Dienstweg versandet.

Ein Netzwerk von Akteuren

Die Neugestaltung des Leopoldplatzes war eine der ersten und vielleicht die bedeutendste Aufgabe im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Der zentrale Wedding Stadtplatz wurde zwischen 2010 und 2013 baulich umgestaltet und sollte zugleich sozial befriedet werden. Eine dringend notwendige Intervention, denn der Leo galt bis dahin öffentlich als ein verkommenes Ort, den man besser mied; als »Schandfleck«, der auf den gesamten Stadtteil ausstrahlte.

»Am schönen alten Leopoldplatz geht Berlin stinkend im Alkohol unter«, so hatte im Oktober 2009 die BZ drastisch getitelt. Dabei konnte sie sich auf Anwohner berufen, die gegen die Zustände auf dem vorderen Platzteil protestiert hatten: mit Demos, Unterschriftensammlungen und bei diversen Bürgerversammlungen. Im Zentrum des Unmuts stand dabei die lokale Trinkerszene, die sich an diesem Ort ständig und in großen Gruppen aufhielt und den Platz klar dominierte.

Damals entstand unter großem Engagement vieler Anwohner am Runden Tisch Leopoldplatz ein neuer Lösungsansatz: Bei der Platz-



Ch. Eckelt

neugestaltung sollten »Problemgruppen« nicht verdrängt werden. Vielmehr wurde gemeinsam mit ihnen eine Planung entwickelt und umgesetzt, in der sie auch einen eigenen Aufenthaltsbereich mitgestalteten: mit Tischtennisplatte, Überdachung, Toilette.

Ebenso wichtig wie die Beteiligung der Anwohner am Runden Tisch war aber auch die Einrichtung der »Praktikerrunde«, in der sich Mitarbeiter des Bezirks, der Sanierungsbeauftragten, des Polizeiabschnitts, der BVG, des Leopoldcenters, des Marktbetreibers, der Kirchengemeinde und die Sozialarbeiter regelmäßig zusammenfanden. Das vom Bezirk beauftragte »Soziale Platzmanagement« von Gangway e.V. mit Sozialarbeitern und einer Konfliktmediatorin vermittelte dort mehr als nur die Sichtweise der Szene.

»Es dauerte ungefähr ein Jahr, bis wir im September 2011 die Runde zusammenhatten«, erzählt die Mediatorin Dr. Franziska Becker. »Allein mit dem neugebauten Aufenthaltsbereich und der Straßensozialarbeit wären die Probleme nicht in den Griff zu bekommen gewesen. Man braucht auch ein Netzwerk von Akteuren im Umfeld, die sich zusammen dafür einsetzen, dass die vereinbarten Regeln auch eingehalten werden.«

Heute jedoch trifft sich die lokale Trinkerszene statt am Leo lieber auf der gegenüberliegenden Seite der Müllerstraße: am Rathaus Wedding und vor dem U-Bahn-Eingang am Leopold-Center, oder auch etwas weiter entfernt am »schwarzen Netto« neben dem S-Bahnhof Wedding. Einige haben sich auch nach Moabit abgesetzt, in den Kleinen Tiergarten. Auf den vorderen Leopoldplatz ist die Szene nicht wieder zurückgekehrt, je-

denfalls nicht so stark wie in den Jahren vor der Platzerneuerung.

Hier sieht man inzwischen ein ganz buntes Publikum: Studenten der benachbarten Beuth-Hochschule verweilen auf den langen Bänken und am Wasserspiel ebenso wie Flüchtlinge aus dem Heim in der Pankstraße, Familien, Frauen mit oder ohne Kopftuch, Anwohner aller Altersklassen und Herkünfte. Manchmal sind auch kleinere Gruppen der »klassischen Trinker« darunter – aber sie dominieren den Platz nicht mehr.

Die Szene verlässt ihren Aufenthaltsbereich

Im Winter 2013/2014 hatten (wohl überwiegend osteuropäische) Kleindealer den Aufenthaltsbereich entdeckt. Kurz zuvor war hier anstelle provisorischer Dixi-Klos eine neue dauerhafte Toilettenanlage der Firma Ströer aufgestellt worden. Diese war von allen Beteiligten gefordert worden, um dem unerträglichen Urinieren im öffentlichen Raum, insbesondere an der Kita auf dem Gelände, ein Ende zu setzen. Auch die Szenegrüppchen selbst hatten eine solche feste Toilette gewünscht. Das geräumige Bauwerk wurde jedoch bald auch von Heroinsüchtigen genutzt, die sich hier oft zu mehreren einschlossen und Heroin (»Folie«) rauchten. Es kam gelegentlich zu Konflikten zwischen Trinkern und Dealern. Als im Frühjahr 2015 das Landeskriminalamt gezielt Razzien am Aufenthaltsbereich durchführte, eskalierte die Situation.

Bei einer solchen Razzia wurde nämlich ein Depot mit Heroinkügelchen auch auf dem Außengelände des »Trinkraums Knorke« entdeckt. »Knorke« war ein Projekt, mit

dem engagierte Gemeindemitglieder der Nazarethkirchengemeinde die Situation auf dem Leo sehr positiv beeinflusst hatten: Im Hintergebäude des Gemeindehauses wärmte sich die Szene nicht nur auf – man traf sich auch dort, es wurde gekocht und man konnte Sozialarbeiter um Rat fragen. Das »Knorke« erhielt keine staatliche Unterstützung, die Gemeinde finanzierte lediglich eine halbe Sozialarbeiterstelle. Praktisch wurde das Projekt zu einem großen Teil von der Szene selbst organisiert. Mehrere Jahre lang ging das auch gut. Doch nach dem Drogenfund kam der Gemeinderat zu dem Schluss, dass der weitere Betrieb nicht mehr verantwortbar sei und der Trinkraum umgehend geschlossen werden müsse. Für viele in der Szene war das ein heftiger Schlag, den sie bis heute noch nicht verarbeitet haben.

Gleichzeitig häuften sich die Razzien am Aufenthaltsbereich. Mit konzentrierten Repressionskampagnen sollten nach der üblichen Polizeitaktik des LKA die Dealer vom Ort vertrieben werden. Das klappte nur kurzfristig – nachhaltig vertrieben wurde lediglich die Trinkerszene. »Wir wurden hier ständig kontrolliert und kriminalisiert«, begründete ein Szenevertreter am Runden Tisch den Wegzug. Seitdem halten sich die Grüppchen an anderen Ecken auf.

Klares Signal wäre notwendig

Zum Jahreswechsel 2015/2016 kam es darüber hinaus zum Trägerwechsel des Sozialen Platzmanagements am Leo. Das war neu ausgeschrieben worden, nachdem die Verantwortlichkeit und Finanzierung von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung an den Bezirk Mitte übertragen worden war. Das neue Sozialarbeiterteam von »Fixpunkt e.V.« bringt dabei auch Erfahrungen aus dem Kleinen Tiergarten ein, wo es ein ähnliches Projekt betreut. Und es kennt sich gut am Leo aus, weil es dort auch schon zuvor mit seinem »Präventionsmobil« präsent war. Das langjährig gewachsene Vertrauensverhältnis ihres Vorgängers konnten sie aber natürlich nicht auf Anhieb ersetzen.

»Die Szene am Leo hat nicht alle Verbindungen zu dem Aufenthaltsbereich abgebrochen«, sagt der Sozialarbeiter Ralf Köhnlein von Fixpunkt e.V. »Wenn wir dort besondere Angebote machen, zum Beispiel zusammen kochen und Essen ausgeben, dann kommen auch alle – das ist überhaupt kein Problem.« Nur im Normalfall kommt eben kaum einer mehr zum Aufenthaltsbereich. Es ist fast so, als ob die »Szene« auf ein Signal warten würde. So ein Signal könnte beispielsweise eine bauliche Änderung der Toilettenanlage

sein. »Darüber reden wir schon seit Monaten in der Praktikerrunde«, erzählt Ralf Köhnlein. »Man müsste ja eigentlich nur einen Rauchmelder einbauen, der Alarm schlägt und die Türen öffnet, wenn Rauch entsteht. Die Firma Ströer als Betreiberin reagiert aber einfach nicht auf unsere Anfragen.« Ähnliche Probleme mit Heroin-Rauchern gibt es übrigens auch an der Ströer-Toilette am Alexanderplatz.

Kein Ansprechpartner beim Ordnungsamt

Mitglied der Praktikerrunde ist auch wieder Dr. Franziska Becker, die diese maßgeblich mit aufgebaut hatte. Fünf Jahre später sieht sie einen deutlichen Rückzug des Bezirks: »Dem Leopoldplatz fehlt vor allem die Aufmerksamkeit der Bezirksverwaltung. Am Anfang waren ja das Straßen- und Grünflächenamt und vor allem auch das Ordnungsamt intensiv an den Runden beteiligt. Jetzt wissen wir noch nicht einmal, wer beim Ordnungsamt überhaupt unser Ansprechpartner sein könnte.«

Die Stelle des Präventionsbeauftragten im Bezirk Mitte, der die Praktikerrunde koordiniert, wurde bei der personellen Neubesetzung 2015 in der Zuständigkeit neu zugeordnet und ist nicht mehr direkt beim Bezirksbürgermeister angebunden. Franziska Becker bedauert das. »Der neue Präventionsbeauftragte darf jetzt nicht mehr von sich aus Kontakt zu den Amtsleitern der Bezirksverwaltung aufnehmen. Er muss sich an den offiziellen Dienstweg halten. Und der ist oft lang und beschwerlich.«



Ch. Eckelt

Zu geräumig: Den behindertengerechten Teil der Toilettenanlage am »Aufenthaltsbereich« missbrauchen immer wieder Drogenabhängige zum »Folienrauchen«.

Bis April aus dem Stadtbild verschwunden?

Von den jetzigen Spielcasinos dürfte kaum eines übrig bleiben – laut Gesetz



Bis April 2017 sollten eigentlich die meisten Spielhallen mit Geldspielgeräten aus dem Straßenbild im Bezirk verschwunden sein. Denn nun greift ein Berliner Gesetz von 2011, das den Betrieb von Spielhallen streng reglementiert. Eine Übergangsfrist von fünf Jahren für bereits bestehende Spielhallen ist Ende Juli abgelaufen. Und damit endeten offiziell auch deren Konzessionen. Zwar haben die meisten Betreiber neue beantragt. Bis Ende September wird aber wohl ein Großteil davon versagt, dann müssten sie bis zum Frühjahr schließen.

In Berlin ist jetzt ein Mindestabstand von 500 Metern zwischen zwei Hallen mit Geldspielgeräten und von 200 Metern bis zur nächsten weiterführenden Schule vorgeschrieben. Die Spielhallen verteilen sich aber nicht gleichmäßig über den Bezirk, sondern konzentrieren sich vor allem in den Nebenstraßen und den Randbereichen großer Geschäftsstraßen wie der Turm- oder der Müllerstraße, beispielsweise in der Umgebung des Bahnhofs Wedding oder in der Stromstraße. In solchen Ballungen dürfte also laut Gesetz nur jeweils eine Spielhalle überleben.

Wie der Casino-Boom entstehen konnte

Das Phänomen der Spielcasinos, die in den späten 2000er Jahren wie Pilze aus dem Boden schossen, gründet zum einen auf der Änderung der bundesweiten Spielverordnung im Jahr 2005. Diese erleichterte das Aufstellen von Geldspielautomaten deutlich und bescherte der Automatenindustrie einen regelrechten Wachstumsboom. Gleichzeitig gerieten traditionelle Geschäftsstraßen in die Krise – um die Jahrtausendwende durch die Konkurrenz unzähliger Shopping-Center und später auch durch den Online-Handel. Mehr und mehr altingesessene Geschäfte gaben auf. Viele Lebensmittel- und Drogerie-Discounter mittlerer Größenordnung zogen zudem in neue Leichtbauhallen mit angeschlossenem Parkplatz, die damals vielerorts auf städtischem Brachland errichtet wurden. Deshalb fanden Spielhallenbetreiber vor allem in Stadtteilen mit geringer Kaufkraft ein großes Angebot an leer stehenden Gewerberäumen. Im Wedding und in Moabit war der Protest vehement: Viele Anwohner sahen die Spielhallen als Signal für den Niedergang ihrer Kieze. Auf Bürgerversammlungen in den Aktiven Zentren Müller- und Turmstraße war deren Ausbreitung eines der am häufigsten genannten Probleme.

Als erstes Bundesland beschloss Berlin im Jahr 2011 schließlich ein eigenes Spielhallengesetz, das im ersten Schritt die weitere Ausbreitung von Spielhallen verhinderte. Nun, nach dem Ablauf der fünfjährigen Übergangsfrist, beginnt Phase 2, in der auch etliche der vorhandenen Spielhallen schließen sollen.

Nicht nur Ordnungsgelder drohen

Das wollen deren Betreiber natürlich nicht. Insgesamt wurden in Berlin 498 Anträge auf Weiterbetrieb gestellt, mehr als ein Viertel davon (nämlich 132) im Bezirk Mitte. Die Gewerbeämter sollten nun bis Ende September letztlich per Losverfahren bestimmen, welche (wenigen) von ihnen länger als sechs Monate weitermachen dürfen. Die übrigen müssen im Frühjahr schließen. Die Bezirke müssen mit Klagen rechnen, denn es geht um viel Geld: Rund 200 Millionen Euro Umsatz pro Jahr machte die Branche zuletzt in Berlin, wovon rund 40 Millionen als Vergnügungssteuer an das Land abgeführt wurden.

Bisher hat das Land Berlin alle Klagen gegen das Spielhallengesetz gewonnen. Zuletzt hatte das Amtsgericht Tiergarten bestätigt, dass das Ordnungsamt beim unerlaubten Betrieb einer Spielhalle nicht nur Ordnungsgelder verhängen, sondern auch illegal erzieltes Vermögen abschöpfen kann. Im konkreten Fall einer Weddingener Spielhalle musste der Geschäftsführer 1500 Euro Ordnungsgelder zahlen – und darüber hinaus auch 40.000 Euro entrichten, die das Gericht als »Verfallssumme« festsetzte.

Gewerberaum wieder nachgefragt

Viele befürchten, dass anstelle der Spielcasinos jetzt Wettbüros in die Läden einziehen werden. Das wird aber zumindest in den Sanierungsgebieten Turm- und Müllerstraße schwer gemacht. Denn neue Gewerbemietverträge und Nutzungsänderungen benötigen hier einer sanierungsrechtliche Genehmigung nach § 144 BauGB, die im Falle von Wettbüros auch durchaus versagt wird. Außerhalb der Sanierungsgebiete gibt es diese Möglichkeit zwar nicht. Aber anders als noch vor wenigen Jahren, ist Gewerberaum auch in den einstigen Problemzonen der Innenstadt wieder sehr gefragt – es gibt also Alternativen für die Vermieter. Insbesondere im Dienstleistungsbereich sind viele Unternehmen auf der Suche nach Räumen. cs



Möblierte Mikro-Apartments statt Stadtbad

Studentenwohnungen für Kleinanleger liegen voll im Trend

Das ehemalige Stadtbad Wedding in der Gerichtstraße wird abgerissen. Der neue Eigentümer des Grundstücks, die Lambert-Unternehmensgruppe aus Regensburg, möchte an der Stelle des ehemaligen Schwimmbades ein privates Studentenwohnheim errichten.

Erfahrungen in diesem Geschäft hat sie, und genügend Eigenkapital dürfte sie auch mitbringen: Die Lambert-Gruppe entwickelte zuletzt das »Studio B« in der Nähe des Alexanderplatzes mit rund 400 Apartments von rund 20 Quadratmetern, die sie inzwischen nach eigenen Angaben schon komplett als Eigentumswohnungen verkauft hat. Dabei wurde den Kapitalanlegern »Inflationsschutz, riesige Nachfrage, 4,9% Rendite« versprochen. Eine möblierte 24-Quadratmeter-Wohnung sollte eine Netto-Mieteinnahme von 470 Euro im Monat abwerfen, also fast 20 Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen Neben-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, die Warmmiete müsste deshalb deutlich mehr als 600 Euro im Monat kosten. Diese Angabe stammen aus einer Werbebroschüre vom Frühjahr 2014, inzwischen sind die Mieten für solche Wohnformen sogar noch in die Höhe gegangen: Private Studentenwohnheime wie etwa »THE FIZZ« in der Köpenicker Straße verlangen auch schon mal 700 Euro für 20 Quadratmeter im Monat und haben dennoch keinerlei Vermietungsprobleme. Deshalb ist es kein Wunder, dass gegenwärtig in Mitte überall Projekte für möblierte »Mikro-Wohnungen« entstehen und meist schon vor Fertigstellung an Kleinanleger verkauft sind.

So wird derzeit unweit des Bahnhofs Gesundbrunnen auf dem ehemaligen Hertha-Gelände (»Plumpe«) der »Campus Viva Berlin« fertig gestellt. Die rund 400 Apartments sind schon verkauft, 20 Quadratmeter kosteten dabei etwa 90.000 Euro, also 4.500 Euro/qm. Das Nachfolgeprojekt »Campus Viva Berlin II« soll im Sommer 2018 bereit stehen, verlangt werden dabei allerdings schon 129.000 Euro für eine 20-qm-Bude, das sind knapp 6.500 Euro/qm – gut 40% mehr

Im den ehemaligen Schwimmbädern des Stadtbad Wedding fanden bis zum letzten Jahr viele kulturelle Veranstaltungen statt. Dann musste das »Stadtbad« schließen, weil die Betreiber Brandschutzauflagen nicht einhielten. Jetzt wird es abgerissen. Dem Antrag, der bereits im Mai eingegangen ist, kann der Bezirk nicht widersprechen, weil das Stadtbad nicht unter Denkmalschutz steht.

als beim Vorgänger. Offensichtlich lassen sich in diesem Marktsegment phantastische Gewinne erzielen. Deshalb dürfte es nicht überraschen, dass auch im Aktiven Zentrum Müllerstraße so ein Apartmenthaus entsteht: an der Ecke Müller-/Utrechter Straße haben die Baumaßnahmen schon begonnen. Von ähnlichen Projekten hört man immer wieder, etwa in der Nazarethkirchstraße, spruchreif sind sie allerdings noch nicht.

Die Zielgruppe »Studenten« sollte man jedoch nicht allzu genau nehmen. Anders als bei öffentlich geförderten Wohnheimen wie des Studentenwerks gibt es bei privaten Projekten keine Beschränkungen der Nutzergruppe. Streng genommen handelt es sich also um möblierte »Mikro-Apartments«. Für die Vermarktung an Kleinanleger eignet sich die Behauptung von Studentenwohnungen hervorragend. Denn das spricht die Elterngeneration an, in der derzeit viele um ihre Alterssicherung besorgt sind und nach vermeintlich sicheren Anlageformen im »Betongold« suchen. Zudem wird eine sozial stabile Bewohnerschaft suggeriert, die den Eigentümern wenige Probleme bereitet. Die Frage ist allerdings, ob in zwei oder drei Jahren, wenn die jetzt geplanten Apartments auf den Markt gehen, die Nachfragen noch so groß ist wie jetzt – oder ob sich hier nicht eine Blase bildet: Einige der jetzt als Studentenapartments angebotenen Investments könnten sich dann zu Hartz-IV-Ghettos entwickeln. cs

»Baumhaus« offiziell eröffnet

Auf der dem Stadtbad Wedding gegenüberliegenden Straßenseite hat jetzt das »Baumhaus« eröffnet. In einer ehemaligen Galerie in der Gerichtstraße 23 stehen ab sofort 140 Quadratmeter als »Sozial-Ökologischer Projektraum für Nachbar*innen und Weltverbesserer*innen« zur Verfügung, die sich für nachhaltiges Wirtschaften engagieren. Jeden Donnerstag findet hier zum Beispiel zwischen 17 und 22 Uhr ein »Nachbarschaftsnachmittag« statt. Die Kosten für die Miete und den Betrieb des Projektraumes sollen über die stunden- und tageweise Vermietung der Räume hereinkommen, ein ca 25 Quadratmeter großer Seminarraum gehört zum Angebot, zudem sind Kooperationen mit dem noch etwas größeren »Art Loft Berlin« (360 qm) im Hinterhaus möglich. Der Name »Baumhaus« verweist auf eine zweite Ebene, die in den hohen Räumen eingezogen wurde. Das Projekt wurde drei Jahre lang mit vielen Beteiligten geplant und entwickelt und ist bereits seit etwa einem Jahr im provisorischen Baustellen-Betrieb. Mehr Information: www.baumhausberlin.de, www.facebook.com/baumhausberlin

Auf dem Dach kicken statt gärtnern?

himmelbeet-Vorschlag zur Bebauung des Geländes Ruheplatzstraße

Ein Bolzplatz auf dem Dach? Nach der Vorstellung des interkulturellen Gemeinschaftsgartens himmelbeet könnte es so etwas in einigen Jahren auch im Wedding geben: oben auf der neuen Dreifach-Sporthalle neben der Volkshochschule. Dafür könnte dann himmelbeet im Wesentlichen an der Stelle verbleiben, wo es auch jetzt schon angesiedelt ist.

Auf und neben der Fläche des Gemeinschaftsgartens möchte, wie schon berichtet, der gemeinnützige AMANDLA EduFootball e.V. ein Bildungszentrum mit Kunstrasen-Kleinspielfeldern errichten. Ähnlich wie in dessen »SafeHubs« in Südafrika soll auch im Wedding ein Sportprojekt für Kinder und Jugendliche entstehen, das die Integrationskraft des Fußballs pädagogisch nutzt. Prominentester Unterstützer ist Oliver Kahn, dessen Stiftung auch finanziell zum Projekt beitragen will.

Vorbilder im Nachbarbezirk

Der Bezirk plant zudem, auf dem Gelände an der Volkshochschule und der Musikschule eine Dreifach-Sporthalle zu bauen, die so

wohl für den Schulsport als auch für den Breitensport im Gebiet dringend erforderlich ist. Nach der Idee von AMANDLA könnte der interkulturelle Gemeinschaftsgarten von himmelbeet dann auf das Dach dieser Sporthalle ziehen. Bei himmelbeet wurde dies zunächst kontrovers diskutiert, zum Schluss aber eine Kooperation mit AMANDLA begrüßt: Der Gemeinschaftsgarten an der Ruheplatzstraße war von Anfang an als Zwischenlösung gedacht, ursprünglich sollte er auf das Dach des »Schillerpark-Centers« ziehen, was jedoch an unerfüllbaren baulichen Auflagen zum Brandschutz scheiterte.

Dem Entwurf von AMANDLA hat himmelbeet jetzt einen eigenen Vorschlag entgegen gestellt. Beide Konzepte sind dabei zunächst einmal reine Gedankenspiele, eine Machbarkeitsstudie für den Standort muss noch erstellt werden, wobei vor allem der Lärmschutz für die benachbarten Wohnhäuser, aber auch die Musikschule geprüft werden soll. In der Version von himmelbeet ist dabei einer der drei Bolzplätze auf das Dach der Mehrfachsporthalle verlegt. Das klingt zunächst ungewöhnlich, hat aber Vorbilder in Berlin. In Friedrichshain gibt es schon seit zehn Jahren einen Sportplatz auf dem Dach des Metro-Großmarktes am Ostbahnhof, in Kreuzberg seit zwei Jahren einen auf dem Dach des neuen Hellweg-Baumarktes am Bahnhof Yorckstraße. Man braucht also keine weiten Wege, um sich mit der Idee vertraut zu machen: Technisch und baurechtlich dürfte sie umsetzbar sein.

Garten müsste nicht umziehen

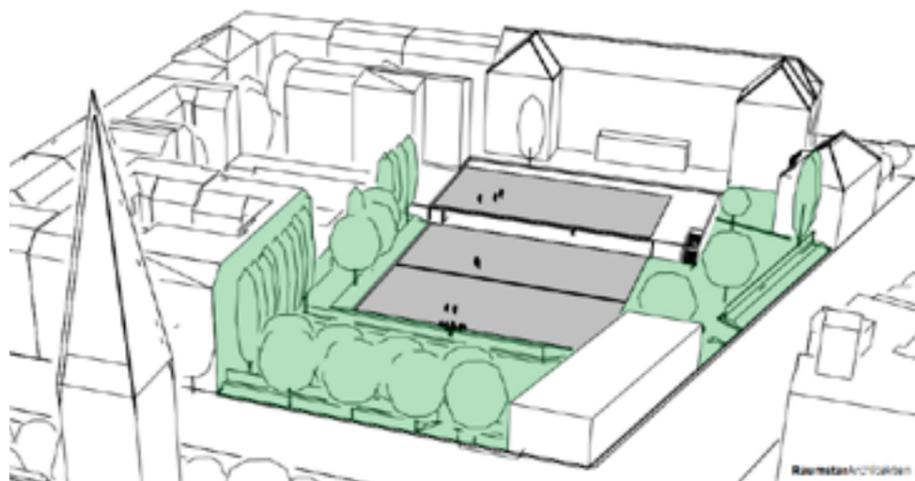
Dabei entstünden, so himmelbeet, sogar niedrigere Baukosten. Die Statik und der Brandschutz des Neubaus müssten dann nämlich nicht mehr den hohen Anforderungen für Versammlungsstätten genügen, wie

sie das ursprüngliche Urban-Gardening-Projekt auf dem Shopping-Center zum Scheitern gebracht hatten. Allerdings sind auch Sportstätten auf dem Dach aufwändig: Das Dach des Hellweg-Baumarktes in Kreuzberg jedenfalls ist für eine statische Traglast von bis zu 500 kg/qm ausgelegt und damit deutlich stabiler als übliche Flachdächer.

Der eigentliche Vorteil für himmelbeet bestünde aber darin, dass der Gemeinschaftsgarten während der Bauphase nicht umziehen müsste. Ihm würde lediglich am Rand ein kleiner Teil weggenommen, wo das Gebäude für den Sport-Jugendclub entstünde. Wenn schließlich auch noch die Sporthalle fertig wäre (der Verein rechnet frühestens mit dem Jahr 2020), könnte ein »grünes Band« rund um Sportanlage die Projekte miteinander verbinden. »Das Ziel ist ein barrierefreier Austausch von Sportlern, Zuschauern und Gärtnern. Die Naturbühne ist die Grenze zwischen Sportplatz und Gartenprojekt, die ohne Zaun auskommt und verbindet statt trennt«, so heißt es in der Projektskizze.

Der Vorschlag von himmelbeet dürfte auch für die Bezirkspolitik durchaus reizvoll sein. Ansonsten stünde sie nämlich in der Verantwortung, für die Zeit der Bauarbeiten eine temporäre Ersatzfläche für den interkulturellen Gemeinschaftsgarten zu finden. Die Urban-Gardening-Bewegung ist in Berlin sehr einflussreich und angesichts der rasanten Verdichtung der Stadt ein wichtiger grüner Hoffnungsträger, an dem die Politik nicht so einfach vorbei planen kann. Brachliegende Grundstücke in kommunaler Verfügungsgewalt, die bis mindestens zum Jahr 2020 in Berlin-Mitte zur Verfügung stehen, sind dagegen Mangelware, das wurde spätestens bei der Suche nach Standorten für temporäre Flüchtlings-Containerdörfer klar. Und nach Tegel oder Tempelhof ließe sich himmelbeet auch nicht so einfach auslagern: Wichtig ist das Projekt hier im Wedding. cs

So stellen sich »Raumstar-Architekten« die künftige Mehrfachsporthalle samt »Safe-Hub« an der Ruheplatzstraße vor: Ein Bolzplatz entsteht auf dem Dach, himmelbeet bleibt im wesentlichen da, wo es auch jetzt schon ist.



Gebietsfonds 2017: Abgabefrist endet am 25. Oktober

Auch im Jahr 2017 werden wieder insgesamt 20.000 Euro im Gebietsfonds des »Aktiven Zentrums Müllerstraße« bereit gestellt. Damit können Projekte, die den Entwicklungsprozess im Gebiet unterstützen, mit bis zu 50 % der übernahmefähigen Kosten gefördert werden. Eine Jury mit Mitgliedern der Stadtteilvertretung, der »StandortGemeinschaft Müllerstraße« und der Sanierungsverwaltung trifft die Auswahl. Bis zum 25. Oktober müssen entsprechende Anträge beim Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße abgegeben werden.

Sollten in dieser ersten Runde jedoch die Fördergelder nicht ausgeschöpft werden (oder, wie es immer mal wieder vorkommt, ein bewilligtes Projekt doch nicht zustande kommen), sind neuerdings auch weitere Antragsstellungen im Jahr 2017 möglich. In diesem Fall sollte man sich direkt ans Geschäftsstraßenmanagement wenden und nachfragen: Die Entscheidungsgremien werden dann kurzfristig im Ad-Hoc-Verfahren einberufen. Die Projekte müssen aber in jedem Fall bis Dezember 2017 durchgeführt und abgerechnet werden.

Förderfähig sind dabei auch kleinere Baumaßnahmen, beispielsweise barrierefreie Zugänge oder neugestaltete Eingangsbereiche von Geschäften. Unterstützt werden auch Aktionen, Feste, Schaufenstergestaltungen, Werbeaktionen, kulturelle Veranstaltungen, Konzerte oder fachbezogene Workshops. Dabei ist es von Vorteil, wenn sich mehrere Akteure beteiligen und eine Vernetzung stattfindet. Bewerben können sich Gewerbetreibende, Vereine, Kulturschaffende, Eigentümer oder soziokulturelle Einrichtungen aus dem Gebiet Müllerstraße.

Ansprechpartner ist das Geschäftsstraßenmanagement Müllerstraße (Frau Isenberg-Holm, Herr Pichierrri, Frau Yasar, Telefon 88 59 14 32, w.pichierrri@planergemeinschaft.de)

Weitere Informationen und Antragsformulare erhalten sie auf der Website des Aktiven Zentrums: www.muellerstrasse-aktiv.de cs

*Starker Zuzug nach Mitte
Berlins Einwohnerzahl wächst merklich. Allein im ersten Halbjahr 2016 verzeichnet das Einwohnermelderegister einen Zuwachs von 42.800 Personen – soviel wie im gesamten Jahr 2015. Dazu gehören nicht nur Flüchtlinge, die meist erst in diesem Jahr von den Melderegistern erfasst wurden, sondern auch viele neue Zuzügler aus dem europäischen Raum: So zog es zum Beispiel innerhalb eines Jahres ca. 500 französische Staatsbürger in die deutsche Hauptstadt.*

Besonders stark wächst der Bezirk Mitte: seit 2011 um über 40.000 Einwohner, das heißt, um mehr als ein Achtel. Im ersten Halbjahr 2016 kamen ca. 5.000 neue Bewohner hinzu – was den Bezirk vor große Herausforderungen stellt, insbesondere hinsichtlich der Infrastruktur, die bereitgestellt werden muss.

Adventskalender der StandortGemeinschaft

Die StandortGemeinschaft Müllerstraße wird auch in diesem Jahr wieder einen gemeinschaftlichen Müllerstraßen-Adventskalender in der »Berliner Woche« schalten. In einer ganzseitigen Anzeige weisen Einzelhändler aus der Geschäftsstraße in 24 Türchen auf ihre speziellen Angebote und Aktionen hin. Wer sich an dieser Aktion beteiligen möchte, soll sich bis spätestens 31. Oktober an die StandortGemeinschaft wenden, am besten per mail an: info@muellerstrasse-wedding.de

Adventsfest der StandortGemeinschaft

Auch in diesem Jahr soll ein kleines, von der StandortGemeinschaft initiiertes Adventsfest stattfinden – diesmal am Sonntag, dem 27. November. Dabei sucht der Zusammenschluss von Gewerbetreibenden im Aktiven Zentrum Müllerstraße noch freiwillige Helfer, die aktiv mitmachen und kreative Ideen einbringen wollen. Das Fest fand erstmals im vergangenen Jahr am Nikolaustag auf dem Leopoldplatz statt und war wirklich ein besonderes Erlebnis: Mit Lagerfeuer und Glühwein kann auch die dunkle Jahreszeit draußen richtig Spaß machen! Wer mitmachen will, melde sich bitte unter: info@muellerstrasse-wedding.de

3D-Druck in der Schiller-Bibliothek

In der Schiller-Bibliothek findet an jedem Dienstag zwischen 16 und 19 Uhr ein 3D-Druck-Workshop statt. Unter fachkundiger Anleitung kann man dort die Möglichkeiten des »MakerBot Replicator 2« ausprobieren, den die Bibliothek installiert hat.

Der kostenlose 3D-Druck-Workshop ist dabei nur der Auftakt für eine ganze Reihe weiterer Workshops, die die Schiller-Bibliothek in ihrem neuen »Makerspace« bis mindestens Ende 2018 durchführt, einem »Labor zum (Sich-)Ausprobieren in digitalen und medialen Themenbereichen«.

Vorreiter für solche öffentlich zugänglichen Erfahrungswerkstätten waren Bibliotheken im angelsächsischen Raum, in Skandinavien und den Niederlanden. Ihre Erfahrungen zeigen, dass Bibliotheken und die Do-it-yourself-Bewegung gut zusammenpassen.

Der »Makerspace« wird durch Zuwendung aus Mitteln der Europäischen Union im Rahmen des Programms »Bibliotheken im Stadtteil II« ermöglicht.



Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer, Frederik Sommer
(030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierrri
w.pichierrri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Sabine Schmidt, Walter Frey,
Peter Arndt
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: jeder 1. und 3. Montag im
Monat, 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der
Stadtteilvertretung erhalten möchten,
dann senden Sie eine E-Mail an:
mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de

Mieterberatung
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2